GSB
www.gkb-gsb.ch
Gewerkschaftsbund
der Stadt Bern und Umgebung

Bern, 28. Mai 2009

Gemeinderat gegen Grundrecht

Der GSB ist überrascht, dass der Gemeinderat den Entscheid der Regierungsstatthalterin gegen das verschärfte Kundgebungsreglement nicht akzeptiert und an das Verwaltungsgericht weiterzieht.

Der GSB hatte gemeinsam mit anderen Organisationen gegen die Verschärfung des Kundgebungsreglements Beschwerde bei der Regierungsstatthalterin eingereicht und Ende April in der Sache Recht erhalten. Leider war dies nur ein Zwischenerfolg.

Grundsätzlich muss es auch in Zukunft möglich sein, mit einem Umzug auf ein politisches Anliegen aufmerksam zu machen. Platzkundgebungen sind kein vernünftiger Kompromiss sondern eine massive Beschränkung der Demonstrationsfreiheit.

Offensichtlich steht der Gemeinderat unter dem Druck der Innenstadtlobby. Indem er ihre Interessen schützt, stellt er den Kerngehalt der Demonstrationsfreiheit in Frage. Die auch vom Gewerkschaftsbund unterstützte Mehrheit im Gemeinderat hat es unterlassen, geschlossen zugunsten der Grundrechte Stellung zu beziehen. Das ist eine grosse Enttäuschung.

Sicher ist: Wenn der Gemeinderat die Grundrechte aushebelt, stehen die Gewerkschaften ganz vorne im Abwehrkampf. Denn wir wissen, dass ein guter Schutz der Grundrechte eine Voraussetzung ist, um in einer demokratischen Gesellschaft die Rechte der Beschäftigten zu verteidigen.

Weitere Auskünfte:

Ruedi Keller, Präsiden GSB, 079 208 17 90

Johannes Wartenweiler, Sekretär GSB, 079 235 91 64